

BADEN-WÜRTTEMBERG – MUSTERLAND GUTER ARBEIT?

Befunde zur Prekarisierung der Arbeit in Baden-Württemberg
und gewerkschaftliche Forderungen

**GUTE
ARBEIT**
FÜR UNS ALLE.

**SOZIALES
EUROPA**
FÜR UNS ALLE.

**SICHERE
RENTE**
FÜR UNS ALLE.

**FÜR UNS
ALLE**
GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.

**AKTIVER
STAAT**
FÜR UNS ALLE.

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat.

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat.“ Unter dieses Motto haben die Gewerkschaften in Baden-Württemberg ihre Kampagne im Jahr der Bundestagswahl 2013 gestellt.

Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, „Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute und sichere Arbeit zu machen“. Die Richtung stimmt. Die Gewerkschaften in Baden-Württemberg nehmen die Landesregierung und die neue Bundesregierung beim Wort und stellen die Qualität der Arbeitsverhältnisse und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg auf den Prüfstand.

Denn es ist nicht alles Gold, was glänzt: Die Erwerbstätigenrekorde in Baden-Württemberg beruhen zu einem erheblichen Anteil auf einem Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise die nicht existenzsichernde Teilzeitarbeit, die geringfügige Beschäftigung, die Leiharbeit, der Mißbrauch regulärer Beschäftigung mittels Werkverträgen, die Scheinselbständigkeit und die Niedriglohnbeschäftigung führen dazu, dass Menschen ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse als prekär erleben. Sie können ihr Leben nicht mehr verlässlich planen, weil ihnen die sozialversicherungsrechtlichen und tariflichen Absicherungen, die die Arbeiterbewegung einst erstritten hatte, fehlen. Von dem Zusammentreffen von niedrigen Verdiensten, hoher Unsicherheit und schlechten Arbeitsbedingungen sind nicht nur die Beschäftigten selber, sondern auch ihre Familien und Kinder negativ betroffen.



Nikolaus Landgraf
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds
in Baden-Württemberg

Die Chancen, im Beruf weiterzukommen, vor allem die Chancen auf ein Normalarbeitsverhältnis, sind für prekär Beschäftigte äußerst gering. Es entstehen auch in Baden-Württemberg immer mehr unstetige Erwerbsbiografien, die durchzogen sind von Phasen der Arbeitslosigkeit. Diese Erwerbsbiografien sind mit weniger Weiterbildung und vor allem einer geringeren Absicherung für das Alter verbunden. Neben der von der Politik beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus und der Heraufsetzung des Renteneintrittalters sind es insbesondere die prekären Beschäftigungsverhältnisse von heute, die die Altersarmut von morgen hervorbringen.

Mit einer Berufsausbildung werden in jungen Jahren die Weichen für eine gelingende Erwerbsbiografie gestellt. Die Gewerkschaften in Baden-Württemberg machen sich daher für ein ausreichendes Lehrstellenangebot und die Qualität

Ausgangssituation

der Berufsausbildung stark. Hier besteht den Daten zufolge erheblicher Handlungsbedarf: Mehr als 55.000 Jugendliche in Baden-Württemberg befinden sich nicht in einer Berufsausbildung, sondern in einer Maßnahme des Übergangs- und Warteschleifensystems. Im Herbst 2012 suchten noch mehr als 8.300 Jugendliche in Baden-Württemberg einen Ausbildungsplatz. Ihnen standen nur 5.500 offene Stellen gegenüber. 14,7 Prozent der Baden-Württemberger unter 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. 19,5 Prozent der Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg werden vorzeitig gelöst.

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg hat das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie, INIFES gGmbH, in Stadtbergen bei Augsburg mit der Durchführung einer Studie zur atypischen Beschäftigung in Baden-Württemberg beauftragt. Diese Broschüre greift wesentliche Ergebnisse der Studie auf, die im Internet abrufbar ist unter www.bw.dgb.de.

Die Ergebnisse zeigen: Die politisch gewollte Flexibilisierung des Arbeitsmarkts u. a. durch die Hartz-Reformen hat auch in Baden-Württemberg die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse deutlich verschlechtert. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf!

Baden-Württemberg verfügt über die ökonomischen Potenziale, Musterland und Vorreiter guter Arbeit in Deutschland zu werden! Vor der Bundestagswahl werben die Gewerkschaften in Baden-Württemberg deshalb für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Den sozialpolitischen Rückschritten der Vergangenheit stellen die Gewerkschaften ihre Forderungen nach einer Re-

gulierung der Erwerbsarbeit gegenüber. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach guter statt schlechter Arbeit beziehen sich als Adressaten sowohl auf die Landes- als auch auf die Bundesregierung.

Diese Broschüre richtet sich an die Zivilgesellschaft und die politische Öffentlichkeit in Baden-Württemberg. Sie richtet sich auch an alle aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Baden-Württemberg – aktiv im Betriebsrat, in ihrer Gewerkschaft, in der Nachbarschaft, im Sportverein, in der Kirchengemeinde oder in einem Stadt- oder Kreisverband des DGB. Diese Broschüre soll ihnen helfen, Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zur Bundestagswahl mit der sozialen und betrieblichen Wirklichkeit zu konfrontieren und sie und die Öffentlichkeit mit den Forderungen der Gewerkschaften vertraut zu machen.

Ich bin mir sicher, es wird uns im Laufe des Jahres 2013 gelingen, breite Mehrheiten zu gewinnen für unsere Forderung nach guter Arbeit in Baden-Württemberg.

Nikolaus Landgraf
DGB-Landesvorsitzender Baden-Württemberg

Deutschland steht bei einer Betrachtung traditioneller Wirtschafts- und Arbeitsmarktkindikatoren auf den ersten Blick gut da. Das Brutto sozialprodukt pro Kopf ist relativ hoch, die Produktivität ebenfalls. Der deutsche Export floriert. Im Vergleich zu den anderen EU-Ländern, aber auch zu Japan und den USA, hat sich im Vergleich der Jahre 2008 und 2011 die Arbeitslosenquote um knapp zwei Prozentpunkte deutlich reduziert.

Die gute Entwicklung hat sich auch im Jahr 2012 fortgesetzt. Neben Malta und Luxemburg hat sich die Beschäftigungsquote unter den Vergleichsländern nur in Deutschland um gut zwei Prozentpunkte spürbar erhöht (vgl. European Commission 2012, S. 22). Auch im längerfristigen Trend steigt die Zahl der Erwerbstätigen, und die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Dennoch ist auch Deutschland von Vollbeschäftigung noch weit entfernt. Das Statistische Bundesamt zählt in Deutschland rund sieben Millionen Unterbeschäftigte – registrierte und nicht registrierte Arbeitslose und Personen in Teilzeit, die länger arbeiten wollen und könnten.

Innerhalb Deutschlands wiederum gehört Baden-Württemberg zu den wirtschaftsstärksten Bundesländern mit einer relativ guten Arbeitsmarktentwicklung und -situation, nicht nur im Gesamt-, sondern auch im westdeutschen Vergleich. So hat sich bei vielen Indikatoren gerade im letzten Jahrzehnt eine Art „Wettbewerb“ zwischen Baden-Württemberg und Bayern entwickelt, bei dem die beiden Bundesländer (vgl. Tabelle) mit wechselndem Erfolg um die „Spitzenposition“ unter allen Bundesländern konkurrieren.

Ausgewählte Kennziffern zur Arbeitsmarktsituation Baden-Württembergs im Vergleich

Angaben in Prozent

Indikator (Rangziffer) Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Deutschland	Erläuterung
Erwerbs- fähigenquote 2011	74,0 (2)	74,6 (1)	71,1	Erwerbstätige je 100 15- bis 64-Jährige
Arbeitslosen- quote 2011	4,0 (2)	3,8 (1)	7,1	Jahres- durchschnitt bezogen auf alle Erwerbs- personen
Arbeitslosen- quote Jugendlicher 2011	2,7 (1)	3,0 (2)	5,9	Registrierte Arbeitslose 15- bis 24-Jährige bezogen auf zivile Erwerbs- personen
Arbeitslosen- quote Älterer 2011	5,1 (1)	5,1 (1)	8,0	Registrierte Arbeitslose 50- bis 64-Jährige bezogen auf zivile Erwerbs- personen

Quellen: Amtliche Statistik und Bundesagentur für Arbeit

Übersicht

Zahl der Erwerbstätigen	6
Teilzeitbeschäftigung	8
Geringfügig Beschäftigte	10
Leiharbeit	12
Befristete Beschäftigung	14
Arm trotz Arbeit	16
Ausbildungsmarkt	18
Mietbelastung	20
Atypische Beschäftigung	22
Zukunft der Alterssicherung	24

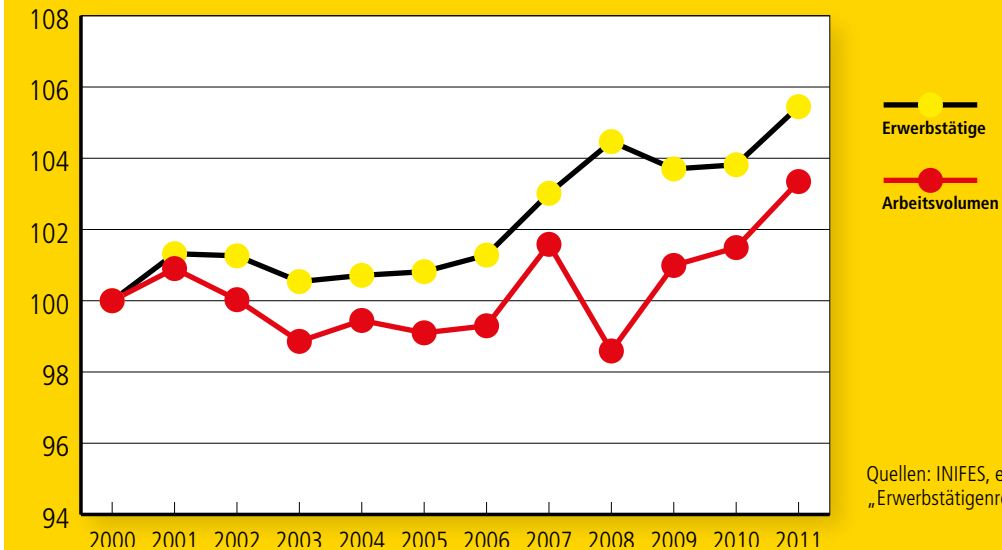
Die Zunahme der **Zahl der Erwerbstätigen** in Baden-Württemberg hat seine Ursache nicht nur im Wachstum des Arbeitsvolumens, sondern vor allem in der Ausweitung der Teilzeitarbeit – in der Ablösung guter Vollzeitstellen durch oftmals nicht existenzsichernde Teilzeitstellen.

In Baden-Württemberg wie im westdeutschen Durchschnitt bleibt die Entwicklung des Arbeitsvolumens – die Summe der gegen Bezahlung geleisteten Arbeitsstunden – deutlich hinter der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl zurück. In Baden-Württemberg wächst in den letzten elf Jahren (2000 bis 2011) die Zahl der Erwerbstätigen schneller als das Arbeitsvolumen.

Daraus folgt: Die gute Beschäftigtenentwicklung in Baden-Württemberg beruht auch darauf, dass das Arbeitsvolumen auf mehr Schultern verteilt wurde. Würde sich der Anstieg des Arbeitsvolumens in der Schaffung voller statt im Umfang reduzierter Stellen niederschlagen, müßten die Entwicklung des Arbeitsvolumens und die Entwicklung der Erwerbstätigen gleich verlaufen.

Insbesondere die weitere Ausbreitung von Teilzeitarbeit – weit überwiegend bei Frauen – und speziell die Erhöhung der Zahl der Mini-Jobs haben zur Erhöhung der Erwerbstätigenzahl beigetragen.

Entwicklung von Arbeitsvolumen und Erwerbstätigenzahl in Baden-Württemberg 2000-2011
2000=100



Quellen: INIFES, eigene Darstellung nach Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2012

TEILZEITARBEIT hat in den letzten Jahren in Baden-Württemberg massiv zugenommen. Teilzeitarbeit wird umgerechnet pro Stunde erheblich schlechter entlohnt als Vollzeitbeschäftigung, so dass ihre Zunahme die Ausbreitung des Niedriglohnsektors in Baden-Württemberg befördert.

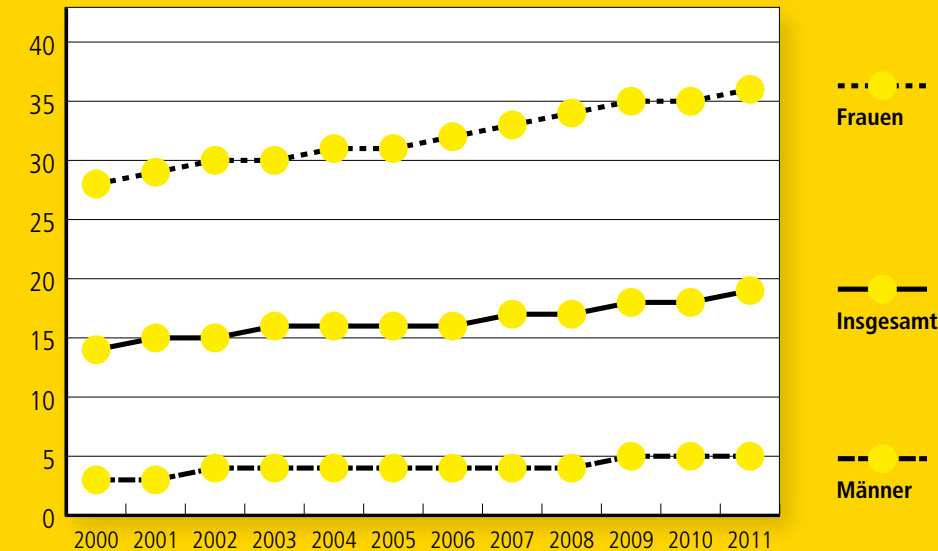
Teilzeitarbeit hat in den letzten Jahren in Baden-Württemberg massiv zugenommen wie die Abbildung zeigt. Teilzeit ist vor allem bei Frauen weit verbreitet. 2011 lag die Teilzeitquote in Baden-Württemberg von Frauen bei über 36 Prozent (642.000 Personen), von Männern nur bei knapp über 5 Prozent (115.000 Personen).

Im Jahr 2011 sind 81 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg Frauen. Die Entlohnung ist bei Teilzeitarbeit geringer als bei Vollzeitarbeit (insgesamt und pro Arbeitsstunde). Trotz der Vorgaben im Teilzeitgesetz sind bei Teilzeitarbeit in vielen Fällen die Arbeitsbedingungen schlechter, z. B. hinsichtlich der Planbarkeit der Arbeitseinsätze (die betrieblichen Vorgaben bestimmen die Flexibilität) und der Weiterbildungsförderung.

Zunehmend erweist sich ein größerer Teil dieser Beschäftigungsverhältnisse als unfreiwillig in Teilzeit geschlossen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die eigentlich Vollzeit oder zumindest eine höhere Stundenzahl arbeiten wollen, ist hoch. Naturgemäß erzielen Teilzeitbeschäftigte geringere Rentenansprüche als Vollzeitbeschäftigte, so dass die Gefahr der Altersarmut mit der Teilzeitarbeit steigt.

Zu den politischen Maßnahmen, den überwiegend von Teilzeitarbeit betroffenen Frauen den Zugang zu vollen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und den Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung zu ermöglichen, gehören u. a. der rasche Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen in Baden-Württemberg. (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b, S. 48)

Entwicklung der Teilzeitbeschäftigten (Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) nach Geschlecht 2000 bis 2011 in Baden-Württemberg
Angaben in %, Stichtag 30.06.



Quellen: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit

Die Zahl der **GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTEN** („Mini-JobberInnen“) hat in den letzten Jahren in Baden-Württemberg erheblich zugenommen. Mini-JobberInnen erwerben keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld. Sie erwerben nur minimale Rentenansprüche, die im Alter nicht für eine auskömmliche Rente ausreichen.

Wie die linke Abbildung zeigt, hat sich die geringfügige Beschäftigung zwischen 2003 und 2004 besonders rasant entwickelt. Dies gilt in Baden-Württemberg wie im westdeutschen Durchschnitt. Bei Verlust ihrer Stelle haben Mini-Jobber Ansprüche auf das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II, im Alter – wenn sie auch sonst keine ausreichenden Rentenansprüche erworben haben – auf die steuerfinanzierte Grundsicherung. Die starke Ausbreitung der geringfügigen Beschäftigung wird die öffentlichen Haushalte und damit die Allgemeinheit zukünftig erheblich belasten, wenn ehemalige Mini-Jobber ohne ausreichende Rentensprüche steuerfinanzierte Grundsicherungsleistungen beantragen müssen.

Die Zunahme der Mini-Jobs fördert – wie die voll sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit auch – die Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Im Jahr 2009 liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Mini-Jobbern in Westdeutschland bei 9,76 Euro. (Vgl. Böcklerimpuls 2012)

Der Anteil der Mini-Jobs an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt im Jahr 2011 in einigen baden-württembergischen Landkreisen bei über 26 Prozent: Karlsruhe (27,1 Prozent), Emmendingen (26,3), Breisgau-Hochschwarzwald (26,8 Prozent), Waldshut (26,2 Prozent) und Konstanz (26,1 Prozent). In der Stadt Heilbronn handelt es sich bei 29,8 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse nur um Mini-Jobs.

In den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald (34,5 Prozent), Waldshut (33,6 Prozent), Karlsruhe-Land (35,7 Prozent), Emmendingen (32,7 Prozent), Konstanz (30,8 Prozent) und in der Stadt Heilbronn (32,9 Prozent) hat jede dritte erwerbstätige Frau nur einen Mini-Job. Zum Vergleich: In der Landeshauptstadt Stuttgart haben „nur“ 20,0 Prozent der Frauen (und nur 12 Prozent der Männer) einen Mini-Job.

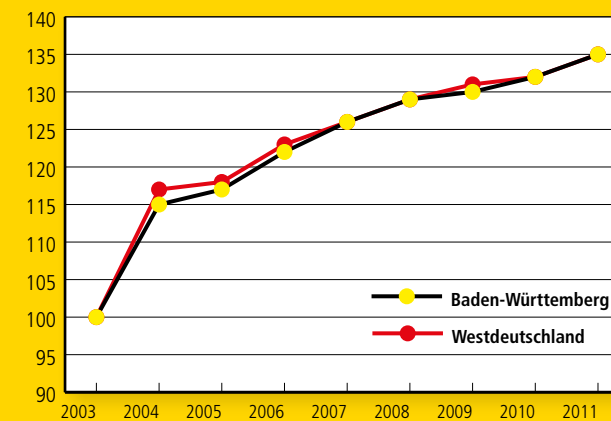
Mini-Jobs produzieren nicht nur Altersarmut. Von der Weiterbildungsbeteiligung bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, von den Stundenlöhnen bis zum Urlaubsanspruch werden Mini-Jobber in der Praxis sehr häufig diskriminiert, ohne dass dies unterbunden oder sanktioniert würde (vgl. Weinkopf 2011, S. 11).

In vielen Fällen, z. B. in der Gastronomie und im Handel, werden volle sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen von den Arbeitgebern in mehrere Mini-Jobs zerlegt.

Um den Mißbrauch der Mini-Jobregelungen zur Vernichtung regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Baden-Württemberg zu stoppen, sollten Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Teilzeit- bzw. Vollzeitstellen überführt werden. Auch kleine Arbeitsverhältnisse sollten vom ersten Euro an voll in die Sozialversicherung einbezogen werden. (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b, S. 36)

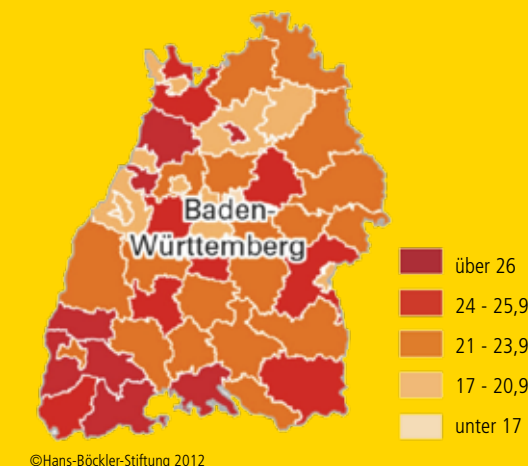
Entwicklung der geringfügig entlohten Beschäftigung in Baden-Württemberg und Westdeutschland 2003 bis 2011
Angaben in %; 2003=100; Stichtag jeweils 31.12.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit



Anteil der Mini-Jobs an allen privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen in Baden-Württemberg im Jahr 2011
Angaben in %

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2012



©Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Zahl der **LEIHARBEITNEHMER/INNEN** wächst in Baden-Württemberg schneller als im westdeutschen Durchschnitt. Die mehr als 109.000 baden-württembergischen LeiharbeiterInnen (2011) verdienen nur etwa die Hälfte des branchenüblichen Gehalts. Leiharbeit wird in Baden-Württemberg von den Arbeitgebern im großen Stil und flächendeckend als Instrument zur Lohnsenkung missbraucht.

Die Zahl der LeiharbeiterInnen ist in Baden-Württemberg seit 2003 trotz eines starken Einbruchs im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das 3,2fache im Jahr 2011 angestiegen (vgl. die Abbildung). Ihre Zahl wächst in Baden-Württemberg schneller als im westdeutschen Durchschnitt. Im Jahr 2011 gab es 109.000 LeiharbeiterInnen in Baden-Württemberg.

LeiharbeiterInnen verdienen in Baden-Württemberg im Durchschnitt nur die Hälfte dessen, was andere Beschäftigte verdienen. (Vgl. Biehler 2011)

Leiharbeit ist aber nicht nur nachteilig für die davon selbst betroffenen Arbeitnehmer, sondern Leiharbeit wirkt auch als „Schmutzkonkurrenz“ einschüchternd auf die ArbeitnehmerInnen in den Kern- und Stammebelegschaften. Durch die Konkurrenz der Leiharbeit werden auch die Arbeitsbedingungen der Kern- und Stammebelegschaften bedroht.

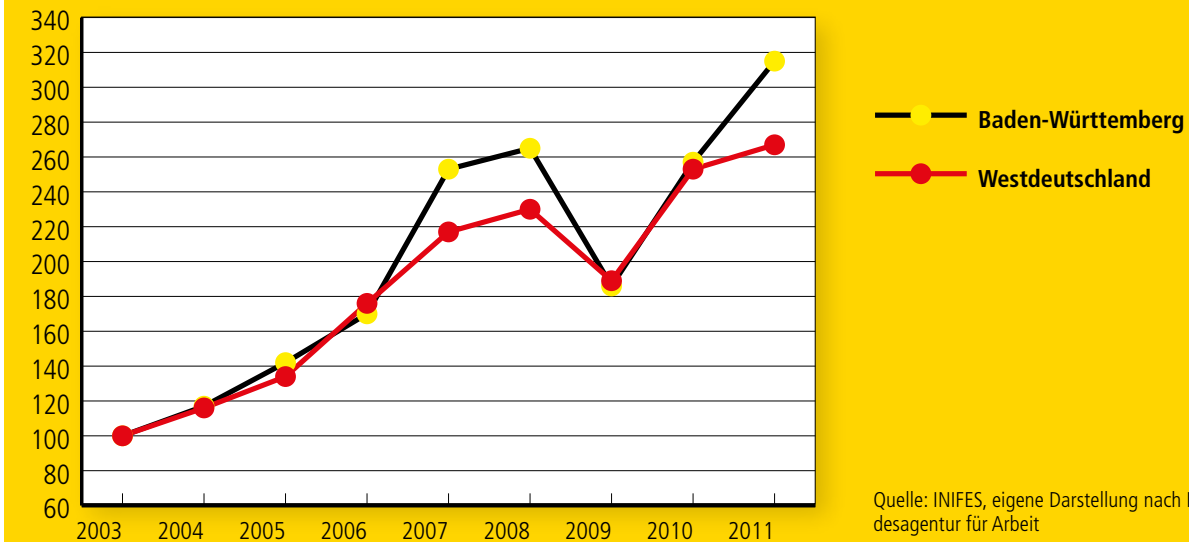
Leiharbeit dient vor allem dazu, den tariflichen Kündigungsschutz zu umgehen, Kosten einzusparen und Druck auf die normale Belegschaft auszuüben. (Vgl. Wagner 2010, S. 39)

Für die Leiharbeitskräfte erfüllt sich die Hoffnung auf einen „Klebeffekt“ in den Entleihbetrieben viel zu selten. Die angebliche „Brücke in ein Normalarbeitsverhältnis“ ist daher allenfalls ein „schmaler Steg“. (Vgl. Lehner, Ziegler 2010; Biehler 2011) Es gibt keine Belege dafür, dass Leiharbeit eine nennenswerte Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bilden würde.

Die Behauptung, bei der Leiharbeit handle es sich um einen Jobmotor, ist irreführend und falsch. Die Impulse für Beschäftigung stammen nicht aus der Leiharbeit, sondern aus den jeweiligen Branchen bzw. der Gesamtökonomie selbst. (Vgl. Biehler 2011) Dem Mißbrauch der Leiharbeit zur Lohnsenkung kann erfolgreich begegnet werden mit der Durchsetzung der beiden Prinzipien gleichen Lohns (Equal Pay) und gleicher Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit (Equal Treatment). (Vgl. Biehler 2011, S. 8)

Die jeweiligen Branchentarifverträge sollten auch für LeiharbeiterInnen vom ersten Tag an gelten. Die Zeitdauer des Einsatzes von LeiharbeiterInnen sollte zeitlich begrenzt werden. Nach einer bestimmten Dauer der Beschäftigung sollte ein gesetzlicher Anspruch auf Festeinstellung im Entleihunternehmen bestehen. (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b, S. 13)

Entwicklung der Zahl der LeiharbeiterInnen in Baden-Württemberg und Westdeutschland von 2003 bis 2011
Index 2003 = 100; Jahresdurchschnitte



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl **BEFRISTETER BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE**

in Baden-Württemberg genauso stark gestiegen wie im westdeutschen Durchschnitt.

Befristungen sind mit geringerer Entlohnung und größerer Planungsunsicherheit für die Betroffenen verbunden.

Baden-Württemberg ist trotz seiner im Vergleich zu anderen Bundesländern starken ökonomischen Kraft kein Vorreiter bei der Zurückdrängung befristeter Beschäftigungsverhältnisse.

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg genauso stark gestiegen wie im westdeutschen Durchschnitt. Wie die Abbildung zeigt, ist in Baden-Württemberg der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung von gut vier Prozent auf knapp sieben Prozent gestiegen.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind häufiger mit geringerer Entlohnung und hoher Planungsunsicherheit verbunden – zumal sie oft in erneuten Befristungen münden. Die Folgen gehen über das Arbeitsverhältnis hinaus: „Bisherige Studien zeigen, dass Befristung und Leiharbeit mit einer Reihe von Risiken für die soziale Teilhabe einhergehen.“ (Gundert, Hohendamer 2011, S. 1)

Befristungen erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jüngere Menschen zögern, eine Familie zu gründen, solange sie sich in befristeten Beschäftigungsverhältnissen befinden.

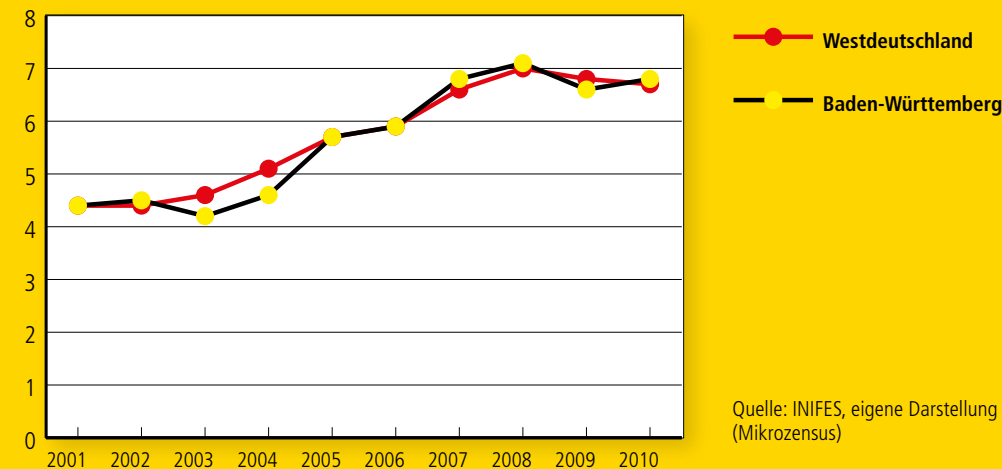
Irreführend ist die Behauptung, Deutschland habe einen besonders rigiden Kündigungsschutz. Laut OECD nimmt Deutschland bei einem entsprechen-

den Ranking nur Platz 9 ein. Für die Erleichterung bei Befristungsregelungen gab und gibt es keinen Grund. Deutschland hat vor und nach den Arbeitsmarktreformen eine Spitzenposition beim Export eingenommen. Dennoch ist das Arbeitsvolumen, die Summe der geleisteten bezahlten Arbeitsstunden, zwischen 2000 und 2011 nur um 0,7 Prozent gestiegen, bei einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 24,6 Prozent und einer realen Abnahme der Arbeitnehmerentgelte um -1,1 Prozent. Es spricht nichts dafür, dass Flexibilisierungen die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs verbessern bzw. Re-Regulierungen sie verschlechtern würden.

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz sollte geändert werden, so dass zukünftig der/die ArbeitgeberIn verpflichtet ist, befristet Beschäftigte bevorzugt bei der Besetzung unbefristeter Stellen zu berücksichtigen.

Befristungsgründe und -zeiträume soll der/die ArbeitgeberIn zukünftig im Arbeitsvertrag schriftlich fixieren müssen. Im öffentlichen Dienst, der mit gutem Beispiel vorangehen sollte, dürfen fehlende Haushaltsmittel kein Grund für Befristungen sein. (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b, S. 25-26)

Entwicklung des Anteils befristeter Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung in Baden-Württemberg und Westdeutschland von 2001 bis 2010 Angaben in %



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamts (Mikrozensus)

Der Niedriglohnsektor ist in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Die Zahl der vollzeitbeschäftigten NiedriglohnpfängerInnen steigt in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2000 fast genauso stark wie im westdeutschen Durchschnitt. Zwar ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit einem Einkommen unter der westdeutschen Niedriglohnschwelle in Höhe von knapp 1.900 Euro (brutto) in Baden-Württemberg mit über 18 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten etwas niedriger als im Durchschnitt Westdeutschlands (vgl. die Abbildung).

Der Anstieg seit dem Jahr 2000 ist jedoch fast genauso deutlich. Vier von fünf Beschäftigten im Niedriglohnsektor haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium. Jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau und jeder zehnte vollzeitbeschäftigte Mann in Baden-Württemberg arbeitet im Niedriglohnsektor.

Die zunehmende Ausbreitung von Niedriglöhnen in Baden-Württemberg (vgl. die linke Abbildung) ist auch Ergebnis der zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg (vgl. die vorhergehenden Abbildungen). Der Abbildung rechts zufolge liegt im Jahr 2010 der mittlere Bruttostundenverdienst eines Normalarbeitnehmers bei 17,66 Euro (brutto). Sobald das Beschäftigungsverhältnis vom Normalarbeitsverhältnis abweicht und prekäre Formen (Teilzeitarbeit, Befristung, Mini-Job, Leiharbeit) annimmt, sinkt der mittlere Bruttostundenverdienst auf 14,64 Euro (Teilzeitarbeit), 12,50 Euro (Befristung), 8,37 Euro (geringfügige Beschäftigung/Mini-Job) und 9,25 Euro (Leiharbeit).

Ein internationaler Vergleich für die Länder der Europäischen Union zeigt, dass Deutschland – knapp vor Spanien und Polen und nur noch von den Niederlanden übertroffen – die höchsten Anteile atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstätigen aufweist (vgl. Schulze-Buschhoff 2011, S. 10). Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind Beschäftigungsverhältnisse, die vom Normalarbeitsverhältnis abweichen. Arbeit darf nach Ansicht der Gewerkschaften nicht länger entwertet werden. Deutschland und Baden-Württemberg nehmen

ARM TROTZ ARBEIT. Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Niedriglohn-EmpfängerInnen steigt in Baden-Württemberg (BW) seit dem Jahr 2000 genauso stark wie im westdeutschen Durchschnitt (WD).

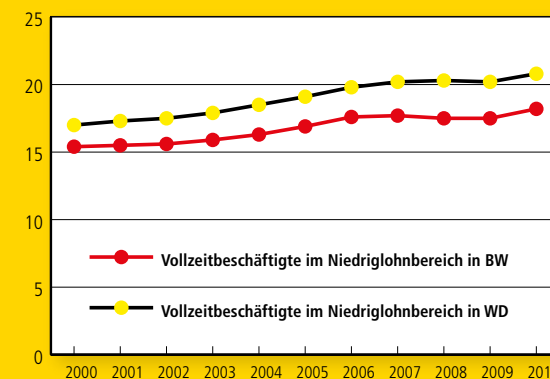
keine Spitzenposition bei den Lohn- bzw. Lohnnebenkosten ein, sondern liegen eher auf einem mittleren Niveau (vgl. European Commission 2011).

Folgende Forderungen sind für die Gewerkschaften zentral: Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der Tariffindung, Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro in der Stunde, Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen zur Ermöglichung von mehr Branchenmindestlöhnen, Eindämmung der Leiharbeit, Unterbindung des Missbrauchs von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping, Entgeltgleichheit von Männern und Frauen, Erleichterung des Zugangs zum Arbeitslosengeld durch Verlängerung der Rahmenfrist auf Versicherungsleistung auf drei Jahre und Anspruch auf Versicherungsleistung bereits nach sechs Monaten Beitragszahlung.

Es ist zu begrüßen, dass das Land Baden-Württemberg ein Tariftreuegesetz einführt, um wenigstens bei öffentlichen Aufträgen Firmen auszuschließen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Es ist aber weitergehend zu prüfen, inwieweit Regelungen gefunden werden können, um weitere Formen des Lohndumpings oder andere Abweichungen von Standards guter Arbeit zu unterbinden.

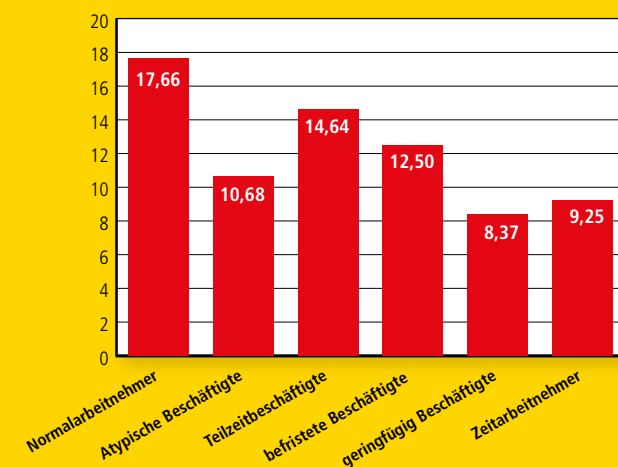
Das setzt aber zusätzlich voraus, entsprechende Kontrollen und Sanktionen einzuführen. Dies ist auch, beim Arbeitsschutz sogar vorrangig, eine Aufgabe der Bundesländer.

Entwicklung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigten an allen Vollzeitbeschäftigten (bezogen auf die westdeutsche Niedriglohnschwelle) in Baden-Württemberg und Westdeutschland 2000 bis 2010 (Angaben in %)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Mittlerer Bruttostundenverdienst (Median) in Deutschland nach Beschäftigungsformen im Jahr 2010* in Euro



*Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Wirtschaftszweige B bis S (WZ 2008), im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende und Altersteilzeit

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012

Trotz guter ökonomischer Ausgangsbedingungen ist der **AUSBILDUNGSMARKT** in Baden-Württemberg angespannt und regional unterschiedlich ausgeprägt. Von einer Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen ist Baden-Württemberg – trotz absehbarer demografischer Entwicklung und steigender Fachkräftebedarfe – noch weit entfernt.

Im Jahr 2012 hatten Ende September noch 8.390 Jugendliche nach einem Ausbildungsplatz gesucht. Ihnen standen lediglich 5.548 offene Ausbildungsplätze gegenüber. (Vgl. Bundesagentur für Arbeit/Regionaldirektion Baden-Württemberg 2012) Zudem wurden 19,5 Prozent der Ausbildungsverträge im Land vorzeitig gelöst. (Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2012)

Der Übergangssektor in Baden-Württemberg ist mit 55.976 Jugendlichen sehr groß. Mit einem Anteil von 18 Prozent liegt Baden-Württemberg auf einem schlechten 14. Platz im Bundesländervergleich. (Vgl. Statistisches Bundesamt 2012)

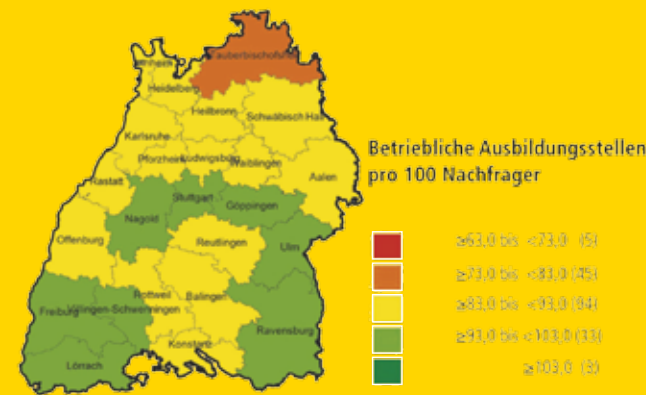
Die Bildungsgänge der Beruflichen Schulen und Maßnahmen der Arbeitsagenturen kompensieren das mangelnde Ausbildungsplatzangebot der Wirtschaft, ohne für die Jugendlichen klare Perspektiven für eine vollqualifizierende Berufsausbildung zu bieten. Viele junge Menschen verlieren dadurch den Anschluss an den Ausbildungs- und damit den Arbeitsmarkt. 2011 verfügten 14,7 Prozent der jungen Erwachsenen bis 29 Jahren in Baden-Württemberg über keine abgeschlossene Berufsausbildung. (Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder und Mikrozensus; Tabelle)

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg fordert daher die Verankerung der Berufs- und Studienorientierung in den Lehrplänen aller Schularten, die Neuordnung des Übergangssektors, verbunden mit einer Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung durch Verbesserungen der Ausbildungsqualität und Aufstiegsperspektiven sowie ein flächendeckendes Angebot von innovativen Zusatzqualifikationen und die Übernahme aller Auszubildenden nach einer erfolgreichen Ausbildung.

Zur Sicherung der Fachkräfteversorgung sollte der Schwerpunkt auf die Hebung der vorhandenen baden-württembergischen Potenziale (Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen und aus dem Übergangssystem) gelegt werden.

Die Berufsschulen in Baden-Württemberg sollten besser mit Lehrkräften ausgestattet werden, es muss verstärkt in ihre bauliche Substanz und ihre Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln investiert werden.

Betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager in den Städten und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2011



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (2012)

Junge Erwachsene (20- bis 29-Jährige) ohne abgeschlossene Berufsausbildung

	ohne Ausbildung in %			
Land	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	15,7	14,4	15,6	14,7
Bayern	13,8	12,9	13,3	12,2
Berlin	21,5	20,2	20,3	18,4
Brandenburg	12,8	13,1	15,2	13,4
Bremen	24,1	23,6	22,2	22,0
Hamburg	20,7	18,0	19,4	17,4
Hessen	19,7	17,7	18,1	15,7
Mecklenburg-Vorpommern	12,4	12,3	11,3	11,1
Niedersachsen	16,9	17,1	18,7	18,2
Nordrhein-Westfalen	22,4	21,4	22,2	20,4
Rheinland-Pfalz	17,7	19,0	20,0	18,1
Saarland	19,2	20,6	19,8	22,2
Sachsen	9,7	9,3	9,2	9,1
Sachsen-Anhalt	13,5	12,7	13,9	12,7
Schleswig-Holstein	18,6	18,2	19,4	17,2
Thüringen	10,5	9,6	10,2	8,8
Deutschland	17,2	16,4	17,2	15,9

Quelle: DGB-Bundesvorstand (2012c): Expertise Bildungsgipfel 2012

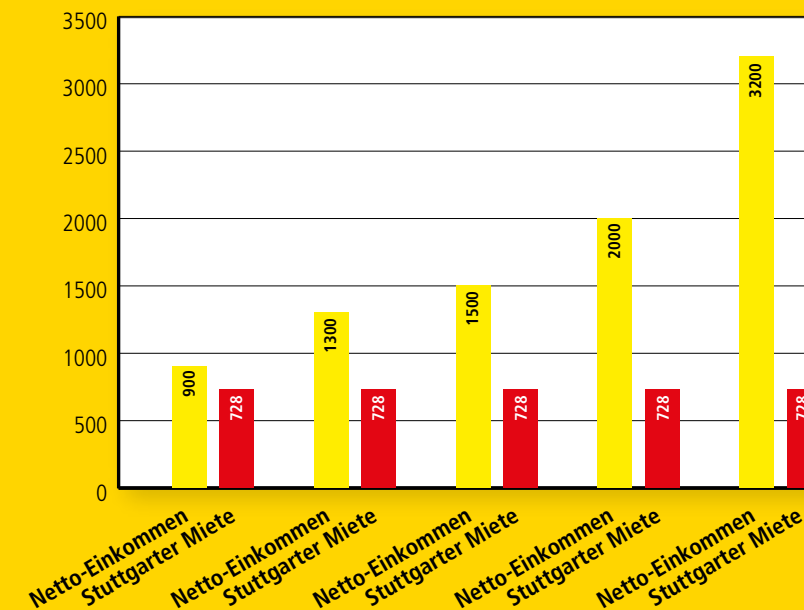
NormalverdienerInnen müssen in Stuttgart mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die **MIETE** und die **BETRIEBSKOSTEN** aufwenden. Miet- und Energiepreiserhöhungen wirken deshalb wie Kürzungen des verfügbaren Einkommens. Niedriglohnbeschäftigte können sich keine Stuttgarter Miete leisten.

47 Prozent aller Erwerbstätigen in Baden-Württemberg haben ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro. (Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012) Bei 1.300 Euro Monatsnettoeinkommen bindet eine Stuttgarter Mietbelastung 56 Prozent des verfügbaren Einkommens. (Vgl. Abbildung) Bis 1.500 Euro Monatsnettoeinkommen beträgt die Stuttgarter Mietbelastung 49 Prozent des verfügbaren Einkommens.

Zugrundegelegt wird eine Stuttgarter Mietbelastung in Höhe von 728 Euro einschließlich Betriebskosten in einer Altbauwohnung mit durchschnittlicher Lage und Ausstattung bei einer Fläche von 70 Quadratmetern. (Vgl. Mieterverein Stuttgart 2013)

Die Gewerkschaften in Baden-Württemberg setzen sich für ein Recht auf Stadt auch für GeringverdienerInnen und für die BezieherInnen mittlerer Einkommen ein. Die Gewerkschaften fordern neben einer Zurückdrängung des Niedriglohnsektors und einer deutlichen Erhöhung der tariflichen Verdienste ein stärkeres Engagement des Landes Baden-Württemberg und der Kommunen im (öffentlichen) Wohnungsbau.

Verhältnis der Monatsnettoeinkommen von Erwerbstätigen und ihrer monatlichen Mietbelastung in Stuttgart



Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2012): Statistisches Taschenbuch 2012, S. 30; Mieterverein Stuttgart (2013)

Während ein/e BestandsrentnerIn in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine durchschnittliche Rente in Höhe von 772 Euro erhält, liegt die Rentenhöhe eines/einer ZugangsrentnerIn (also eines/einer im Jahr 2011 von der Erwerbsarbeit in die Rente Wechselnden) nur bei 734 Euro. (Vgl. Abbildung)

Die von der Politik beschlossene Absenkung des Sicherungsniveaus der Gesetzlichen Rentenversicherung führt, kombiniert mit mehr Zeiten der Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigung in den Erwerbs- bzw. Rentenversicherungsbiografien, zu einer Stagnation der durchschnittlichen Neurenten (Rentenzugang) und zu einem nur schwachen Zuwachs der durchschnittlichen Bestandsrenten. (Vgl. Abbildung)

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – wie sie in Baden-Württemberg stark zunehmen (vgl. oben) – verursachen unstetige Erwerbsbiografien, in denen sich Phasen von Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung, Teilzeitarbeit und Soloselbständigkeit abwechseln. Diese unstetigen Erwerbsbiografien nehmen unter jüngeren ArbeitnehmerInnen – im Gegensatz zu den Erwerbsbiografien der heutigen BestandsrentnerInnen – im Durchschnitt massiv zu (vgl. Trischler 2013; Kistler 2012). Aus den unstetigen Erwerbsbiografien mit hohen Zeitanteilen prekärer Beschäftigung, speziell auch aus der Niedriglohnbeschäftigung in Vollzeit, erwachsen erheblich geringere Alterssicherungsansprüche, in der Folge niedrigere Renten, als in der heutigen Rentnergeneration und Altersarmut. Dadurch „... werden Lasten in die Zukunft weitergeschoben, die aus dem Steueraufkommen der Zukunft eines Tages ausgeglichen werden müssen“, wie es in einem Gutachten für den Deutschen Juristentag festgestellt wird (Waltermann 2010, S. 85).

Es sind die heutigen Erwerbspersonen im jüngeren und mittleren Alter, die von der Prekarisierung der baden-württembergischen Arbeitswelt besonders betroffen sind bzw. sein werden. Bei ihnen werden im Alter die negativen Folgen der Arbeitsmarktreformen und die Leistungseinschränkungen der Rentenreformen

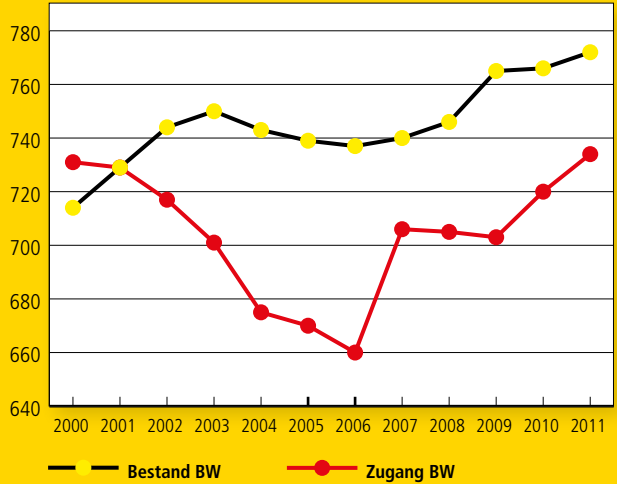
men zusammentreffen. Ihre Altersarmut nimmt tendenziell zu, und sie werden im Alter auf die steuerfinanzierte Grundsicherung angewiesen sein. Der drohende Bedeutungszuwachs der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter ist auch deshalb gefährlich, weil Steuerfinanzierungen sozialer Leistungen stets die Gefahr bergen, dass – im Gegensatz zu Beitragsfinanzierungen – vor allem ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen die Finanzierung schultern.

Die Armutsgefährdungsschwelle ist definiert als Pro-Kopf-Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens (Medians) – in diesem Fall in Baden-Württemberg bzw. in Westdeutschland – beträgt. Erstmals hat im Jahr 2011 in Westdeutschland die Armutsrisikoquote der Älteren mit 15,5 Prozent diejenige der Gesamtbevölkerung (15,4 Prozent) überschritten. (Vgl. Abbildung)

In Baden-Württemberg ist im Jahr 2011 das Risiko, arm zu sein, im Alter über 65 Jahren deutlich höher (16,6 Prozent) als bezogen auf die Gesamtbevölkerung (14,7 Prozent). Von den baden-württembergischen Frauen im Alter ab 65 Jahren haben sogar 18,5 Prozent (2005: 16,7 Prozent) ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Die baden-württembergischen Frauen sind sowohl von der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse als auch von Altersarmut stärker als die gleichaltrigen Männer betroffen. Die sinkende Qualität der Beschäftigungsverhältnisse und die Folgen der Arbeitsmarkt- und Rentenreformen der vergangenen Jahre tragen entscheidend dazu bei.

Aus der Zunahme der atypischen Beschäftigung in Baden-Württemberg resultieren für die jüngeren und mittleren Altersjahrgänge geringere **RENTENANSPRÜCHE**, und es droht vielen zukünftigen RentnerInnen Altersarmut.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Bestand und Rentenzugang 2000-2011 (Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung

Anteil der Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle an der Gesamtbevölkerung 2005-2011 in Baden-Württemberg bzw. in Westdeutschland (Angaben in %)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg insgesamt	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,7
65+	14,7	13,7	14,5	15,1	15,2	15,1	16,6
65+ weiblich	16,7	15,6	16,5	17,2	17,1	16,8	18,5
Westdeutschland insgesamt	14,8	14,2	14,3	14,5	14,8	14,7	15,4
65+	13,5	12,7	13,7	14,3	14,1	14,4	15,5
65+ weiblich	15,3	14,3	15,4	16,1	16,0	16,2	17,5

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Mikrozensus)

Die ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG verunsichert die Menschen in Baden-Württemberg

44,9 Prozent der repräsentativ befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Baden-Württemberg meinen im Jahr 2012, dass sie ihre jetzige Tätigkeit nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter werden ausüben können. (Vgl. Abbildung links)

Mehr als ein Drittel (37,8 Prozent) der baden-württembergischen ArbeitnehmerInnen geht davon aus, dass ihre Rente später einmal nicht zum Leben ausreichen werde. Immerhin 43,5 Prozent der ArbeitnehmerInnen rechnen damit, dass ihre Rente „gerade ausreichen“ werde. Nur eine kleine Minderheit (18,7 Prozent) erwartet eine „gute“ oder „sehr gute“ Rente. (Vgl. Abbildung rechts)

Die Gewerkschaften lehnen die Einführung des Renteneintrittsalters von 67 Jahren weiter ab, sie soll zumindest ausgesetzt werden. Die Gewerkschaften lehnen eine Absenkung des Rentenniveaus ab. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für tarifvertragliche abgesicherte, flexible Übergänge aus der Arbeit in den Ruhestand sollen verbessert werden.

Die Gewerkschaften fordern Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten sowie verbesserte rentenrechtliche Absicherungen von Zeiten der

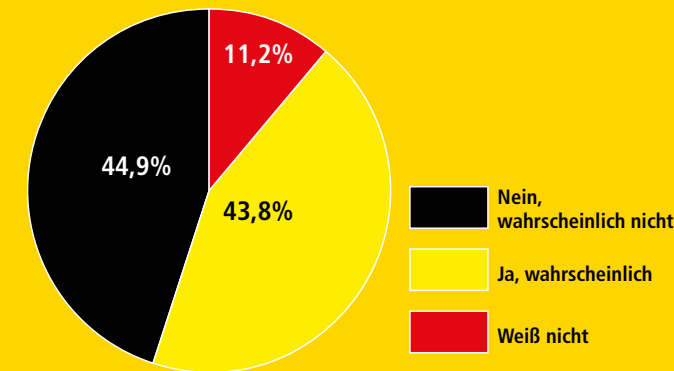
Arbeitslosigkeit und geringen Arbeitsentgelten. Die Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.

In ihrem Rentenkonzept (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b) plädieren die Gewerkschaften dafür, „die von der Bundesregierung geplante Beitrags-senkung zu vermeiden, den Beitragssatz statt dessen langsam und in kleinen Schritten zu erhöhen, die dadurch gewonnen Mittel dafür einzusetzen, um die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demographie-Reserve auszubauen und damit das Rentenniveau auch für die Zukunft auf dem heutigen Stand zu stabilisieren“.

Nach dem DGB-Rentenkonzept soll der Beitrag ab dem Jahr 2014 in jährlichen Stufen angehoben werden. Der Beitrag soll demnach im Jahr 2025 bei 22,0 Prozent liegen und dort bis zum Jahr 2030 verharren.

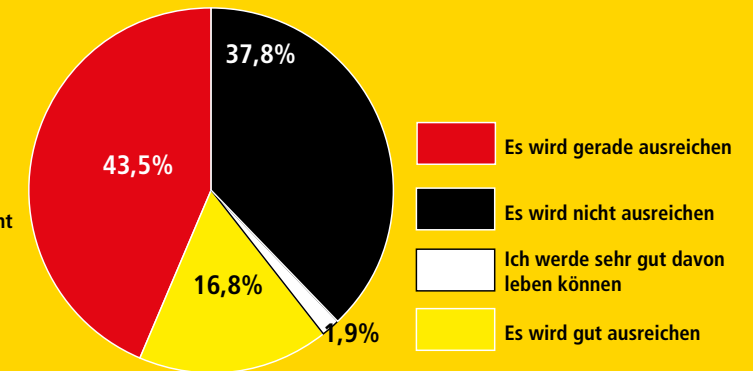
Mit diesem Vorschlag kann nach Berechnungen des DGB das Rentenniveau weitgehend auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden, die Erwerbsminderungsrenten können spürbar angehoben werden und die Abschaffung der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wäre möglich.

„Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre jetzige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben können?“
Baden-Württemberg 2012



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Erhebung DGB-Index Gute Arbeit 2012

„Wie schätzen Sie die gesetzliche Rente ein, die Sie später einmal aus Ihrer Erwerbstätigkeit erhalten werden?“
Baden-Württemberg 2012



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Erhebung DGB-Index Gute Arbeit 2012

Literaturverzeichnis

Bertelsmann-Stiftung (2012): Zeitarbeiter und geringfügig Beschäftigte sind mit Demokratie und Wirtschaftssystem unzufrieden. Pressemitteilung vom 07.03.2012, Gütersloh

Biehler, Hermann (2011): Leiharbeit in Baden-Württemberg – Kostensenkung zu Lasten der Arbeitnehmer, München/Nürnberg/Stuttgart

Böcklerimpuls (2012): Schlecht bezahlte Mini-Jobs: Sackgasse für Millionen, H. 1, S. 4f

Bundesagentur für Arbeit/Regionaldirektion Baden-Württemberg (2012): Ausbildungsmarkt im September 2012
Bundesinstitut für Berufsbildung (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht, 2012, Bonn

Conrads, Ralph / Kistler, Ernst / Kozaczek, Anna / Kühn, Daniel (2013): Prekäre Beschäftigung in Baden-Württemberg, Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen, Gutachten des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie Stadtbergen im Auftrag des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, einzusehen unter: www.bw.dgb.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012a): Prekäre Beschäftigung, Herausforderung für die Gewerkschaften, Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012b): Heute die Rente von morgen sichern - Das DGB-Rentenkonzept 2012, Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012c): Expertise Bildungsgipfel-Bilanz 2012 - Die Umsetzung der Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008

Deutscher Gewerkschaftsbund (2013): Positionen des DGB zur Bundestagswahl 2013, Berlin

European Commission (2012): Employment and social developments in Europe 2012, Brüssel

Gundert, Stefanie und Hohendanner, Christian (2011): Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs. IAB-Kurzbericht 4/2011, Nürnberg

Hans-Böckler-Stiftung (2012): Mini-Jobs in Deutschland, http://www.boeckler.de/pdf/Mini-Jobs_2012/index.html, eingesehen am 04.02.2013

Kistler, Ernst (2012): Führt der demografische Wandel zu einem Fach- oder gar Arbeitskräftemangel? In: Bispinck, R. u. a. (Hrsg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Bäcker, Wiesbaden, S. 149 ff

Lehner, Florian / Ziegler, Kerstin (2010): Brückenfunktion der Leiharbeit: Zumindest ein schmaler Steg. IAB-Kurzbericht 13/2010, Nürnberg.

OECD (2011): Society at a Glance 2011, OECD Social Indicators, Paris

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland. Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden

Schulze-Buschhoff, Karin (2011): Atypisch beschäftigt = typisch arm im Alter? Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der staatliche Schutz vor Altersarmut – ein europäischer Vergleich. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Statistisches Bundesamt (2012): Niedriglohn und Beschäftigung 2010. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 10. September 2012 in Berlin, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2012): Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2012

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2012): Statistisches Taschenbuch 2012

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013): Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Vollzeit und Teilzeit seit 1991 in Baden-Württemberg, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitsmarkt/ArbeitsmarktBW/ArbmII_05.asp

Trischler, Falko (2013): Erwerbsverlauf, Altersübergang und Alterssicherung, Augsburg (hekt. Manuskript)

Trischler, Falko / Kistler, Ernst (2012): Risikofaktoren und -gruppen für geringe Renten und Alterseinkünfte. Arbeitspapier 6 „Was sind „gute“ Erwerbsbiographien?“ gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, Stadtbergen

Wagner, Alexandra (2010): Atypische Beschäftigung. Eine wissenschaftliche Bilanzierung. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Waltermann, Raimund (2010): Abschied vom Normalarbeitsverhältnis? – Welche arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen empfehlen sich im Hinblick auf die Zunahme neuer Beschäftigungsformen und die wachsende Diskontinuität von Erwerbsbiographien? In: Neue Juristische Wochenschrift – Beilage 22/2010, Frankfurt am Main, S. 81ff

Weinkopf, Claudia (2011): Mini-Jobs – politisch-strategische Handlungsoptionen, Berlin

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Str. 20 | 70174 Stuttgart

Autoren: Ernst Kistler, Jendrik Scholz, Joachim Ruth

Verantwortlich: Nikolaus Landgraf
www.bw.dgb.de

Layout: klip.de
Druck: copythek-esslingen.de

Stuttgart 2013

**FÜR UNS
ALLE**

**GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.**